

Elbe-Werkstätten GmbH

Nymphenweg 22
21077 Hamburg

-Leistungsbeschreibung-

Art des Verfahrens:

Offenes Verfahren (EU) Ausschreibung:

**Vergabe von Touren für die Beförderung von Menschen mit
Behinderung zu Einrichtungen der Elbe-Werkstätten GmbH**

**Für den Zeitraum vom 01.06.2027 bis 31.05.2032
(60 Monate)**

Ausschreibungsnummer: EG-OV-26-0001

Aufsichtsratsvorsitzende
Dörte Liebrecht, Behörde für Gesundheit,
Soziales und Integration

Geschäftsführung
Rolf Tretow (Sprecher), Carsten Möbs

Hamburger Sparkasse
IBAN DE56 2005 0550 1139 2114 50
BIC HASPDEHHXXX

Sitz der Gesellschaft Hamburg
Amtsgericht Hamburg, Register-Nr. HRB 36799

Gemeinnützige, anerkannte Werkstatt für
behinderte Menschen i. S. § 225 SGB IX

SozialBank AG
IBAN DE36 3702 0500 0009 4500 00
BIC BFSWDE33XXX

Nymphenweg 22
21077 Hamburg

Postfach 72 01 63
22151 Hamburg

info@elbe-werkstaetten.de
www.elbe-werkstaetten.de
USt-IdNr. DE118713633

**Mit Menschen
erfolgreich.**



Inhaltsverzeichnis

1. Leistungsumfang	4
2. Angebot	5
3. Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV).....	5
4. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)	5
5. Angebotspreise	5
6. Änderungen und Ergänzungen des Leistungsumfanges	8
7. Zuschlagskriterium	8
8. Zusätzliche vertragliche Anforderungen	9
9. Leistungsstörungen und Kündigungsrecht	10
11. Preisgültigkeit / Preisanpassungen	12
12. Datenschutz	14
13. Qualitätskontrollen	15
14. Rechte bei Mängeln, Haftung, Ausschluss von Fahrern/Begleitpersonal.....	16
15. Versicherungen.....	16
16. Regelungen zum Mindestlohn.....	17
17. Dokumentenechtheit	18
18. Abrechnungsmodalitäten und Rechnungsstellung.....	18
19. Nebenangebote	19
20. Unteraufträge / Einsatz von Nachunternehmern	19
21. Vertragsdauer	19
22. Verlängerungsoption.....	19
23. Bietergemeinschaften	19
24. Eignungsprüfung.....	19
25. Wettbewerbsausschluss	20
26. Anforderungen an die Organisation des Auftragnehmers.....	20
27. Mindestanforderungen an die eingesetzten Fahrzeuge / elektrisch angetriebene Fahrzeuge	23
Fahrzeugkategorien	24
Allgemeine Mindestanforderungen.....	24
Elektrisch angetriebene Fahrzeuge.....	24
Technische und sonstige Fahrzeugausstattung	25
Sonderanforderungen für die Rollstuhlbeförderung.....	26

Sauberkeit, Zustand und Prüfungsrechte	26
Bestuhlungsvarianten / Flexibilität.....	27
28. Mindestanforderungen an das eingesetzte Fahrpersonal.....	27
29. Aufgaben des Fahrpersonals	30
30. Veröffentlichung im Transparenzregister.....	32
31. Zusätzliche Hinweise zu den Vergabeunterlagen.....	32
32. Sedex SMETA Verhaltenskodex	33
33. Durch das Corona-Virus bedingte Vertragsstörungen	33
34. Auskünfte.....	34

1. Leistungsumfang

Die zu erbringenden Leistungen umfassen die Beförderung von Menschen mit Behinderung zwischen Wohnadresse/Haltepunkt des Busses und den Einrichtungen der Elbe-Werkstätten GmbH und zurück für den Zeitraum vom 01.06.2027 bis 31.05.2032.

Organisatorische und Technische Leistungsbeschreibung

Art und Umfang der Leistungen

Gegenwärtig werden täglich rd.166 Menschen mit Behinderung befördert

- zu den Standorten Nymphenweg 22 in 21077 Hamburg und Dubben 1 in 21147 Hamburg sowie Cuxhavener Straße 22 in 21149 Hamburg begleitenden Maßnahmen
- von November bis März zusätzliche Winterfahrer in bestehenden Touren

Der ausgeschriebene Leistungsumfang umfasst derzeit 16 Lose, wobei diese sich inhaltlich und in der Anzahl sowohl bis zum Leistungsbeginn als auch während der Vertragslaufzeit noch verändern können.

Beförderungszeiten

Die Beförderungen sind von Montag bis Freitag durchzuführen.

Die vorgegebenen Abhol- und Ankunftszeiten sind verpflichtend.

Die exakten Ankunfts- und Abfahrzeiten sind in den Tourenplänen ausgewiesen.

Diese werden den Fahrern und Fahrdiensten in digitaler Form (Elbe Touren App) zur Verfügung gestellt.

Für alle Einrichtungen gilt: Abweichungen von den Ankunfts- und Abfahrzeiten sind möglich. Beförderungszeitraum ist grundsätzlich das Kalenderjahr. Während eines Jahres werden die Beförderungen in der Regel an ca. 250 Tagen durchgeführt.

Bei Sonderveranstaltungen (Jubiläen/ Mitarbeiterfeste) kann es zu abweichenden Fahrzeiten kommen.

Touren

Die festgelegten Tagesfahrleistungen sind den jeweiligen Tourenplänen zu entnehmen.

Die Touren werden im Eintourensystem (eine Hin- und Rücktour für eine Einrichtung) oder/und zeitversetzt im Zweitourensystem (Anschlusstouren).

Die Elbe-Werkstätten GmbH berücksichtigt bei der Tourenplanung, dass die Fahrzeit von 60 Minuten vom ersten Fahrgast bis zur Ankunft des Fahrzeugs in der Einrichtung nur im Ausnahmefall überschritten wird.

2. Angebot

Anzubieten sind die in den Anlagen beschriebenen Touren. Es können alle oder einzelne Touren im Rahmen einer Losvergabe angeboten werden.

Angebote, die nicht den Anforderungen dieser Ausschreibung entsprechen, werden nicht berücksichtigt.

Die Angebote sollen in Textform eingereicht werden.

Auf folgenden Formularen fordern wir zusätzlich Firmenstempel und Mitarbeiternamen:

- Angebot VgV
- Preisblätter (bitte ausschließlich ausgefüllt im Excel-Format einreichen)
- Bestätigungen Untersuchungen und erweitertes Führungszeugnis
- Formular Eignungskriterien
- Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige / Unternehmen/Lieferanten

3. Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60130000-8 Personensonderbeförderung

4. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsabkommen (GPA): ja

5. Angebotspreise

Geschäftssprache ist Deutsch. Das Angebot ist in deutscher Sprache und in der Währung Euro (€) abzugeben.

Die Angebotspreise sind Netto-Preise und so zu kalkulieren, dass in ihnen alle Kosten der zu erbringenden Leistungen des Auftragnehmers enthalten sind.

Es sind Festpreise – ausschließlich Umsatzsteuer – anzubieten.

Der Steuersatz ist im Preisblatt anzugeben.

Die Angebotspreise setzen sich aus nachfolgenden Komponenten zusammen:

1. Tagespauschale:

Dieser pauschale Grundpreis je Leistungstag enthält alle Kosten, die nicht von der Kilometerleistung abhängig sind. Hierzu gehören z. B. Steuern, Versicherungen, Finanzierungskosten, Abschreibungen, allgemeine Verwaltungskosten.

Achtung: In die Tagespauschale sind keine Kraftstoffkosten und keine Personalkosten zu kalkulieren.

2. Preis je Leistungskilometer:

Dieser Preis ist nur von der Kilometerleistung abhängig.

Hierzu gehören z. B. Kraftstoffe, sonstige Verbrauchsflüssigkeiten, Abnutzung, Reparaturen, Inspektionen, Wagenpflege sowie die Personalkosten.

Achtung: In dem Preis je Leistungskilometer sind kein Kapitalsdienst und keine Finanzierungskosten für Fahrzeuge zu kalkulieren.

Die Preise sind in den jeweiligen Tourenplänen einzutragen.

Nachfolgende blaue Felder sind hier auszufüllen:

Erstes Preisblatt eines Loses:

- Firmenname des Bieters
- Tagespauschale netto € (**nur einmal je Los in das erste Preisblatt/Tourenplan eintragen**)
- Preis je Leistungskilometer €
- Zugehöriger Mehrwertsteuersatz %
- Gesamt netto in € bestehend aus: Tagespauschale + (Preis für Leistungskilometer x Gesamtkilometer). Die Gesamtkilometer bestehen aus den zu fahrenden km für Hin- und Rücktour/Anschlusstour des jeweiligen Tourenplans (**nur in das erste Preisblatt/Tourenplan eintragen**).
- Anteil der Kraftstoffkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil der Personalkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil der Personalnebenkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil sonstige Kosten auf einen Leistungskilometer in € (z. B. sonstige Verbrauchsflüssigkeiten, Abnutzung, Reparaturen, Inspektionen, Wagenpflege usw.)

- Hinweis: die oben genannten vier anteiligen Kosten müssen zusammengerechnet den Preis je Leistungskilometer in €/netto ergeben
- Höhe des Stundenlohnes brutto/€
- Firmenstempel und Unterschrift des Bieters

Weitere Preisblätter eines Loses:

- Firmenname des Bieters
- Preis je Leistungskilometer €
- Zugehöriger Mehrwertsteuersatz %
- Gesamt netto in € bestehend aus: (Preis für Leistungskilometer x Gesamtkilometer). Die Gesamtkilometer bestehen aus den zu fahrenden km für Hin- und Rücktour/Anschlusstour des jeweiligen Tourenplans. **(in die weiteren Preisblätter/Tourenpläne eintragen)**
- Anteil der Kraftstoffkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil der Personalkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil der Personalnebenkosten auf einen Leistungskilometer in €
- Anteil sonstige Kosten auf einen Leistungskilometer in € (z. B. sonstige Verbrauchsflüssigkeiten, Abnutzung, Reparaturen, Inspektionen, Wagenpflege usw.)
- Hinweis: Die oben genannten vier anteiligen Kosten müssen zusammengerechnet den Preis je Leistungskilometer in €/netto ergeben
- Höhe des Stundenlohnes brutto/€
- Firmenstempel und Unterschrift des Bieters

Der genaue Umfang der zu erbringenden Beförderungsleistung wird durch die Elbe-Werkstätten GmbH ermittelt und in den Tourenplänen ausgewiesen und angepasst.

Die kurzfristige Beauftragung von zusätzlichen Beförderungsdienstleistungen innerhalb der Laufzeit bleibt vorbehalten.

Ein Anspruch des Auftragnehmers auf bestimmte Touren oder auf einen bestimmten Umfang an Beförderungs- oder Ergänzungsleistungen besteht nicht.

6. Änderungen und Ergänzungen des Leistungsumfanges

Touren können im Laufe der Vertragslaufzeit verändert, neu geplant, zusammengelegt oder gänzlich entfallen. Die ausgeschriebenen Touren werden regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, insbesondere unter wirtschaftlichen und bedarfsbezogenen Gesichtspunkten überprüft und bei Bedarf angepasst. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beibehaltung bestimmter Touren, Tourenzuschnitte oder eines bestimmten Leistungsumfanges besteht nicht.

Änderungen, Zusammenlegungen oder der Entfall von Touren werden dem Auftragnehmer grundsätzlich mit einer Frist von mindestens fünf Arbeitstagen angekündigt; der gänzliche Entfall einer Tour erfolgt schriftlich. Entfällt eine Tour gänzlich und kann kein gleichwertiger Ersatzauftrag angeboten werden, wird der vereinbarte Tourenpreis für weitere 20 Arbeitstage vergütet.

Eigene Änderungen, Zusammenlegungen oder Umstellungen von Touren oder Sonderfahrten durch den Auftragnehmer sind nur in begründeten Ausnahmefällen, vorübergehend und ausschließlich nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Werden Touren zusammengelegt, erfolgt die Vergütung ab Wirksamwerden der Zusammenlegung ausschließlich auf Grundlage der neu festgelegten Tour und des hierfür maßgeblichen Tourenumfangs. Maßgeblich sind die vereinbarte Tagespauschale sowie die für die zusammengelegte Tour angesetzten Leistungskilometer. Ein Anspruch auf Fortzahlung der bisherigen Vergütung für die vormals getrennt geführten Touren oder Sonderfahrten besteht nicht. Für das infolge der Zusammenlegung entfallende Fahrzeug, die entfallende Einzeltour oder sonstige hierdurch nicht mehr gesondert zu erbringende Leistungen erfolgt keine gesonderte Vergütung.

7. Zuschlagskriterium

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 58 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung des nachstehenden Kriteriums:

Gesamtpreis netto je Los bestehend aus der Tagespauschale inkl. dem Preis für die angegebene Fahrstrecke (Anzahl der zu fahrenden Kilometer multipliziert mit dem Preis je Leistungskilometer) für Hin- und Rücktouren / Anschlusstouren.

8. Zusätzliche vertragliche Anforderungen

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/B -, Ausgabe 2003 vom 05.08.2003, die Beschaffungsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 01.03.2009 in der Fassung vom 01.10.2017 sowie die Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen - Ausgabe vom 01.10.2017 - werden Vertragsbestandteil.

Weitere Regeln, Vorschriften und Normen sind in der technischen Leistungsbeschreibung genannt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters werden ausgeschlossen und werden nicht zum Bestandteil des Vertrags. Angebote, in denen Bieter ihre eigenen AGB zum Bestandteil machen, werden gemäß VgV in der aktuellen Fassung ausgeschlossen.

Für den geschlossenen Vertrag gilt deutsches Recht. Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, finden die Regelungen dieser Leistungsbeschreibung, der Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen, der VgV, und die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in dieser Reihenfolge Anwendung.

Die in der Leistungsbeschreibung genannten Regeln, Vorschriften und Normen sind ebenso in der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils gültigen Fassung einzuhalten. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Hamburg.

Die Kündigung sowie alle Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

Für alle Angelegenheiten, die Einzelbeförderungsaufträge betreffen (insbesondere Erteilung von Missbilligung, Abmahnung, Kündigung, Abrechnung von Einzelbeförderungsaufträgen) ist seitens der Elbe-Werkstätten GmbH die Abteilung Einkauf und Logistik/Zentraler Fahrdienst zuständig.

Von den Elbe-Werkstätten GmbH und vom Auftragnehmer ist jeweils ein Ansprechpartner schriftlich zu benennen. Die Ansprechpartner beider Parteien sind für alle Fragen zur Durchführung des Vertrages zuständig und üben die Kontrolle über die Verfahrensabläufe aus.

9. Leistungsstörungen und Kündigungsrecht

Das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages oder einzelner Touren aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt.

Ein wichtiger Grund, der den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages oder einzelner betroffener Touren berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn

- der Auftragnehmer seinen Mitarbeitern tariflich oder gesetzlich zustehende Leistungen ganz oder teilweise vorenthält oder sonst gegen tarifliche Bestimmungen oder gesetzliche Vorschriften verstößt,
- Steuern oder Sozialabgaben auf Löhne oder Gehälter nicht ordnungsgemäß abgeführt werden,
- der Auftragnehmer ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers Unterauftragnehmer oder Leiharbeitnehmer einsetzt,
- dass vom Auftragnehmer oder von Nachunternehmern eingesetzte Personal die vollständigen vereinbarten Löhne, Gehälter oder sonstigen Leistungen, insbesondere verbindliche Tariflöhne oder Mindestlöhne, nicht oder nicht rechtzeitig erhält,
- der Auftragnehmer den geforderten Versicherungsschutz nicht oder nicht dauerhaft aufrechterhält,
- der Auftragnehmer eine übernommene Tour aus von ihm zu vertretenden Gründen, insbesondere wegen fehlenden Fahrpersonals oder fehlender Fahrzeuge, nicht durchführt,
- Fahrten wiederholt nicht auf den vorgesehenen Strecken, nicht innerhalb der vorgesehenen Zeiten oder sonst nicht in der vereinbarten Art und Weise ausgeführt werden und der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung keine Abhilfe schafft,
- der Auftragnehmer innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten mehr als drei Fahrerwechsel auf einer Tour vornimmt,
- die übernommene Leistung nicht zum vereinbarten Zeitpunkt beginnt oder nicht vertragsgemäß ausgeführt wird,
- der Auftragnehmer wiederholt gegen die Bestimmungen dieser Leistungsbeschreibung verstößt und den Verstoß auch nach Aufforderung oder Abmahnung nicht abstellt,
- die vom Auftragnehmer erbrachte Leistung wesentlich mangelhaft ist oder sonstige schwerwiegende Gründe vorliegen.

Bei Nichteinhaltung vertraglicher Pflichten oder sonstigen Leistungsstörungen durch das eingesetzte Fahrpersonal erfolgt vor einer Kündigung des Vertrages oder der betroffenen Tour grundsätzlich folgende Maßnahmenabfolge, soweit nicht ein wichtiger Grund zur sofortigen Kündigung vorliegt:

- schriftliche Missbilligung, wenn die beanstandete Pflichtverletzung oder Leistungsstörung nicht unverzüglich abgestellt wird,
- schriftliche Abmahnung, wenn die schriftliche Missbilligung keine Abhilfe schafft,
- Aufforderung zum Austausch des eingesetzten Fahrers, wenn auch die Abmahnung keine nachhaltige Verbesserung bewirkt.

Bleibt auch der Austausch des Fahrers ohne ausreichende Abhilfe, ist der Auftraggeber berechtigt, die betroffene Tour oder bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen den Vertrag zu kündigen.

Die Frist zur Beseitigung beanstandeter Mängel ist vom Auftraggeber unter Berücksichtigung des Einzelfalls angemessen zu bestimmen. Bei erheblichen Pflichtverletzungen oder Gefährdungen ist unverzüglich Abhilfe zu schaffen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Bei einer fristlosen Kündigung ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens oder Mehraufwandes zu verlangen.

Werden einzelne Touren oder Fahrgäste aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, nicht befördert, ist der Auftraggeber berechtigt, einen anderen Fahrdienst oder ein Taxiunternehmen mit der Beförderung zu beauftragen. Die dadurch entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.

10. Vertragsstrafen

Erfüllt der Auftragnehmer die Pflichten aus dem Vertrag nicht oder nicht ordnungsgemäß, hat der Auftraggeber neben dem Anspruch auf Erfüllung Anspruch auf Zahlung einer Vertragsstrafe nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung.

Hat der Auftragnehmer die Leistungen nicht, nur teilweise, verspätet oder nicht zu den vorgegebenen Zeiten erbracht, kann der Auftraggeber neben der entsprechenden Kürzung des Rechnungsbetrages zusätzlich eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 25 % des jeweiligen Kürzungsbetrages verlangen. Die Höhe der Vertragsstrafe richtet sich nach Art, Schwere, Dauer und Häufigkeit der Pflichtverletzung.

Kürzungsbetrag und Vertragsstrafe dürfen zusammen 5 % des Gesamtauftragswertes (48-facher Monatsauftragswert) nicht überschreiten.

Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadens bleibt unberührt; eine verwirkte Vertragsstrafe wird auf einen Schadensersatzanspruch angerechnet.

11. Preisgültigkeit / Preisanpassungen

Die angebotenen Preise sind Festpreise.

Die Angebotspreise sind auf Grundlage der am letzten Tag der Angebotsfrist für den Auftragnehmer verbindlichen lohnrechtlichen Rahmenbedingungen zu kalkulieren. Hierzu zählen insbesondere gesetzliche Mindestlöhne, für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge sowie sonstige für den Auftragnehmer verbindliche Regelungen zu Mindestentgelten. Soweit zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist eine Erhöhung gesetzlicher oder tariflicher Mindestentgelte für den Leistungszeitraum bereits verbindlich feststeht, ist diese in die Angebotspreise einzukalkulieren, insbesondere die geplante Steigerung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem 01.01.2027 auf 14,60 €.

Zahlt der Auftragnehmer bereits bei Angebotsabgabe Entgelte oberhalb der jeweils geltenden gesetzlichen oder tariflichen Mindestentgelte, begründet dies allein keinen Anspruch auf Preisanpassung. Eine Preisanpassung kommt insoweit nur in Betracht, wenn und soweit eine nach Angebotsabgabe eintretende gesetzliche, tarifvertragliche oder sonst verbindliche lohnrechtliche Änderung zu einer nachweisbaren Erhöhung der für die Leistungserbringung maßgeblichen Personalkosten führt. Der Auftragnehmer hat eine Preisanpassung schriftlich zu beantragen und die Voraussetzungen sowie die Höhe der geltend gemachten Mehrkosten nachvollziehbar darzulegen. Die Prüfung erfolgt durch den Auftraggeber anhand einer standardisierten Kalkulationsgrundlage, die dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt wird.

Sonstige Preiserhöhungen

Haben sich Preisfaktoren, die für die Festsetzung der Vertragspreise maßgeblich sind, seit Abschluss der Vereinbarung so wesentlich verändert, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen Vereinbarung nicht zuzumuten ist, kann diese Vertragspartei frühestens ab dem zweiten Vertragsjahr eine Anpassung der Vertragspreise an die geänderten Verhältnisse beantragen. Zur Prüfung des Anspruchs ist die Offenlegung der Kalkulation erforderlich.

Eine Preisanpassung ist spätestens drei Monate vor Beginn des jeweiligen Vertragsjahres für alle Leistungen, für die eine Anpassung für das betreffende Vertragsjahr geltend gemacht wird, in Textform von dem jeweiligen Vertragspartner zu beantragen.

Kommt eine Einigung über die beantragten Preise nicht zustande, kann jede Vertragspartei den Vertrag mit einer Frist von neun Monaten zum Monatsende kündigen. In diesem Fall gelten die bisherigen Preise bis zum Vertragsende fort.

Sofern Preisänderungen nachvollziehbar, schlüssig sowie form- und fristgerecht geltend gemacht und von den Vertragsparteien vereinbart wurden, werden die neuen Preise mit Beginn des neuen Vertragsjahres wirksam.

Kraftstoffkosten

Soweit sich der im Preisblatt ausgewiesene Kraftstoffkostenanteil infolge einer Änderung des amtlich veröffentlichten Dieselpreisindex wesentlich verändert, kann jede Vertragspartei eine entsprechende Anpassung des vertraglich vereinbarten Kilometerpreises verlangen. Maßgeblich ist ausschließlich der im Preisblatt ausgewiesene Anteil der Kraftstoffkosten am Leistungskilometerpreis; andere Kostenbestandteile bleiben unberührt.

Als Referenzindex gilt die amtlich veröffentlichte Statistik für Dieselmotorkraftstoffpreise. Basismonat ist der Monat der Angebotsabgabe.

Die Prüfung einer Anpassung erfolgt vierteljährlich jeweils zum 01.01., 01.04., 01.07. und 01.10. eines Jahres. Maßgeblich ist die Veränderung des Dieselpreisindex gegenüber dem Basismonat. Eine Preisanpassung kann verlangt werden, wenn der Dieselpreisindex zum jeweiligen Prüfzeitpunkt den Wert des Basismonats um mehr als 20 % über- oder unterschreitet.

Die Anpassung erfolgt in beide Richtungen. Steigt der Index um mehr als 20 % gegenüber dem Basismonat, kann der Auftragnehmer eine Erhöhung verlangen. Sinkt der Index nach einer erfolgten Anpassung wieder auf oder unter den Schwellenwert zurück, bei dessen Überschreitung die Erhöhung ausgelöst worden ist, oder unterschreitet er den Basiswert entsprechend, kann der Auftraggeber eine entsprechende Herabsetzung verlangen. Maßgeblich bleibt in jedem Fall ausschließlich der Vergleich mit dem Basismonat; bereits erfolgte Anpassungen begründen keinen neuen Basiswert.

Das Anpassungsbegehren ist innerhalb eines Monats nach dem jeweiligen Prüfzeitpunkt in Textform geltend zu machen und nachvollziehbar zu begründen. Sofern die

Voraussetzungen vorliegen und eine Einigung erzielt wird, wird die Anpassung zum ersten Tag des auf die Einigung folgenden Monats wirksam.

Kommt eine Einigung über die beantragte Preisanpassung nicht zustande, bleiben die bisherigen Preise zunächst unverändert bestehen. Das Recht beider Vertragsparteien zur Kündigung nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen bleibt unberührt.

Kilometerveränderungen auf bestehenden Touren

Bei Haupttours sind verkürzte Fahrstrecken wegen fehlender Fahrgäste oder verlängerte Fahrstrecken bei zusätzlichen Fahrgästen bei der Abrechnung zu berücksichtigen, wenn die Abweichung von der im Tourenplan festgelegten Streckenlänge mehr als 10 % der Tageskilometer beträgt. Die Anrechnung erfolgt auf Grundlage des vereinbarten Leistungskilometerpreises.

Bei Anschlusstours sind Mehr- oder Minderkilometer bei der Abrechnung nur zu berücksichtigen, wenn die Abweichung von der im Tourenplan festgelegten Streckenlänge mehr als 10 % und zugleich mehr als 5 Kilometer je Leistungstag beträgt. Die Anrechnung erfolgt in diesen Fällen nicht auf Grundlage des vereinbarten Leistungskilometerpreises, sondern ausschließlich auf Grundlage der im Preisblatt ausgewiesenen variablen kilometerabhängigen Kostenbestandteile, insbesondere des Kraftstoffkostenanteils sowie der sonstigen unmittelbar fahrleistungsabhängigen Kostenbestandteile. Personalkosten, Personalnebenkosten sowie sonstige zeit- oder vorhalteabhängige Kostenbestandteile bleiben hierbei unberücksichtigt.

12. Datenschutz

Der Auftragnehmer sichert zu, dass ausschließlich Mitarbeiter eingesetzt werden, die nachvollziehbar zur Verschwiegenheit im Umgang mit personenbezogenen Daten, Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen und dem Sozialgeheimnis (§ 35 SGB I) unterliegenden Daten sowie zur Tätigkeit ausschließlich nach Weisung des Arbeitgebers verpflichtet sind.

Der Auftragnehmer stellt zudem sicher, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten, bspw. indem die Mitarbeiter durch eine Datenschutzrichtlinie verpflichtet und entsprechend geschult werden. Die nach Datenschutzrecht erforderliche

Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen.

Im Falle einer Beauftragung zur Erbringung von Leistungen, für welche die Vorschriften zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO einschlägig sind, wird der Auftragnehmer zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen durch den Abschluss einer Auftragsverarbeitungsvereinbarung verpflichtet. Darin wird u.a. festgelegt, dass der Auftragnehmer angemessene technische und organisatorische Schutzmaßnahmen trifft und den Nachweis dafür erbringt, dass diese für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen geeignet und wirksam implementiert sind.

Der Auftragsverarbeitungsvertrag regelt darüber hinaus das Vorgehen zum Umgang mit personenbezogenen Daten des Auftraggebers, auch im Falle der Vertragsbeendigung.

Sofern die beauftragten Leistungen nicht unter die Vorschriften zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO fallen, behält sich der Auftraggeber vor, den Auftragnehmer zur Unterzeichnung einer eigenständigen Verschwiegenheitsverpflichtung zu verpflichten.

13. Qualitätskontrollen

Der Auftraggeber hat das Recht, Qualitätskontrollen nach eigenem Ermessen und auch verdeckt durchzuführen oder durch einen von ihm Beauftragten durchführen zu lassen. Diese Kontrollen erfolgen anlassbezogen oder anlassunabhängig und in der Regel stichprobenweise. Zudem behält sich der Auftraggeber das Recht vor, zur Kontrolle der vertragsgemäßen Durchführung bei einzelnen Touren mitzufahren.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, vom Auftraggeber angezeigte Mängel unverzüglich zu beseitigen. Der Auftraggeber bestimmt hierfür in der Regel eine angemessene Frist zur Behebung der angezeigten Mängel. Ein Austausch ungeeigneten Personals, eine Reinigung der Fahrzeuge und die (Wieder-) Herstellung eines verkehrssicheren Zustands der Fahrzeuge oder gleichwertiger Mängel erfolgt vor der nächsten Fahrt.

Erfolgt die Mängelbeseitigung nicht in dieser Weise, so ist der Auftraggeber berechtigt, für die Beförderung einen Dritten auf Kosten des Auftragnehmers zu beauftragen.

14. Rechte bei Mängeln, Haftung, Ausschluss von Fahrern/Begleitpersonal

Erfolgt die Beförderungsleistung für die zu befördernden Personen nicht oder teilweise nicht zu den vertraglich vereinbarten Bedingungen, stehen dem Auftraggeber die werkvertraglichen Mängelrechte nach §§ 634 ff. BGB zu.

Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden, die dem Auftragnehmer, seinen Mitarbeitern oder seinen Erfüllungsgehilfen durch Fahrgäste entstehen.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen gesetzlichen Ansprüchen von Fahrgästen und Dritten frei, die im Zusammenhang mit der in diesem Vertrag vereinbarten Leistung erhoben werden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich, sein Fahr- und Begleitpersonal und die zu befördernden Personen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern.

Der Auftraggeber hat jederzeit das Recht, einzelne Fahrer oder Begleitpersonen von der Erbringung der geschuldeten Leistung auszuschließen, wenn er der Ansicht ist, dass dies wegen groben Fehlverhaltens der entsprechenden Person erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einmal ausgeschlossene Fahrer oder Begleitpersonen nicht wieder für die Ausführung der Beförderungsleistungen einzusetzen. Etwaige und insbesondere zusätzliche Kosten, die in diesem Zusammenhang dem Auftragnehmer entstehen können, trägt der Auftragnehmer.

Bei zwischenmenschlichen Störungen zwischen dem Fahrpersonal und einem oder mehreren Fahrgästen ist der Fahrdienstleiter zu informieren. Sollte nach mehrmaligen Versuchen keine Verbesserung der Situation erfolgen, ist der Fahrer in Absprache mit dem Fahrdienstleiter unverzüglich auszutauschen.

15. Versicherungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine alle vorgenannten Risiken abdeckende Betriebshaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR abzuschließen. Je nach Schadensereignis sind Personen-, Sach- und Vermögensschäden abzudecken und während der gesamten Laufzeit aufrechtzuerhalten.

Der Nachweis des Versicherungsvertrags ist der Elbe-Werkstätten GmbH unverzüglich nach Abschluss der Vereinbarung vorzulegen.

Außerdem hat der Auftragnehmer eine angemessene Kfz-Haftpflichtversicherung pro Fahrzeug mit einer pauschalen Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden von EUR 100 Mio. pauschal p.a., maximale Entschädigungsleistung bei Personenschäden pro Person EUR 8 Mio. abzuschließen.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft beachtet werden. Der Auftragnehmer hat dies auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen. Gleiches gilt für Mitarbeiter vom Auftragnehmer eingesetzter Nachunternehmer. Der Nachweis gegenüber dem Auftraggeber obliegt auch hier dem Auftragnehmer.

16. Regelungen zum Mindestlohn

Der Vergütung liegen Mindestlöhne und für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese für die Leistung anwendbar sind, sowie andere für den Auftragnehmer verbindliche Vereinbarungen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe zugrunde.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle von ihm eingesetzten Personen (einschließlich der über Nachunternehmer eingesetzten Personen) den geltenden Mindestlohn, die geltenden Mindestentgeltsätze gemäß anwendbaren Tarifverträgen und anderer für ihn bzw. den ausführenden Nachunternehmer verbindlicher Regelungen über Mindestentgelte vollständig und pünktlich erhalten sowie dass die für diese Personen und für die Leistung im Übrigen vom jeweiligen Arbeitgeber und vom Auftragnehmer zu entrichtenden Abgaben vollständig und pünktlich abgeführt werden.

Der Auftragnehmer stellt außerdem sicher, dass für die von ihm eingesetzten Personen alle weiteren aus dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie anderen für den jeweiligen Arbeitgeber verbindlichen Regelungen folgenden Pflichten eines Auftraggebers zur Gewährung von angemessenen Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Der Auftragnehmer weist die Einhaltung der vorstehenden Sätze auf Verlangen des Auftraggebers nach.

Der Auftragnehmer zahlt mindestens die genannten Löhne/Gehälter gemäß Satz 1 und die darauf anfallenden Abgaben. Der Auftragnehmer ist damit einverstanden, dass der Auftraggeber selbst oder durch einen Beauftragten anlassbezogen und anlassunabhängig Stichproben zur Einhaltung des Satzes 1 durchführt und die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen selbst oder durch einen Beauftragten befragt.

17. Dokumentenechtheit

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass alle von ihm beigebrachten Unterlagen und Dokumente, die von Behörden, öffentlichen Stellen oder sonstigen Dritten ausgestellt werden (z. B. Ursprungsnachweis, Zertifikate etc.) echte Urkunden mit Bestandskraft sind.

18. Abrechnungsmodalitäten und Rechnungsstellung

Die Abrechnung erfolgt monatlich rückwirkend. Vergütet werden ausschließlich die mit der Elbe-Werkstätten GmbH vereinbarten und tatsächlich erbrachten Beförderungs- und Ergänzungsleistungen.

Je Standort ist für jeden Leistungsmonat **eine Sammelrechnung** für alle gefahrenen Touren zu erstellen.

Die Rechnungen sind in elektronischer Form an das Postfach er@elbe-werkstaetten.de zu senden. Inhaltlich müssen sie so ausgestaltet sein, dass die abgerechneten Leistungen für die Elbe-Werkstätten GmbH eindeutig nachvollzogen werden können. Hierzu gehört insbesondere die Verwendung der aktuellen Elbe-Tourenbezeichnungen.

Grundlage der Abrechnung sind ausschließlich die durch den Auftraggeber freigegebenen und in der Touren-App erfassten Fahrdaten. Maßgeblicher Abrechnungsnachweis ist die dem Auftragnehmer monatlich zur Verfügung gestellte **Tourenliste**. Diese wird spätestens **drei Werktage nach Ende des jeweiligen Leistungsmonats** digital bereitgestellt. Sofern eine digitale Bereitstellung aus technischen oder organisatorischen Gründen ausnahmsweise nicht möglich ist, kann der Abrechnungsnachweis ersatzweise in Form einer manuellen Liste erfolgen.

Fahrten, die nicht vollständig in der Touren-App dokumentiert und nicht durch den Auftraggeber freigegeben wurden, können von der Vergütung ausgeschlossen werden.

Die Gesamtvergütung ergibt sich aus den vertraglich vereinbarten Tourenpreisen pro Leistungstag für die laut Tourenplan der Elbe-Werkstätten GmbH gefahrenen Touren sowie

den Preisen für zusätzlich beauftragte Leistungen. Der Preis pro Tag bzw. pro Tour ist netto auszuweisen.

Ein Leistungstag ist jeder Tag, an dem Touren mit Fahrgästen tatsächlich erbracht worden sind.

Die Fahrstrecken sind in den von der Elbe-Werkstätten GmbH erstellten Tourenplänen angegeben. Die maßgebliche Streckenlänge (kürzeste Strecke) wird von der Elbe-Werkstätten GmbH ermittelt und mit dem Auftragnehmer abgestimmt.

Die Abrechnung von Mehr- oder Minderleistungen, insbesondere durch den Ausfall regelmäßiger Fahrten, verkürzte Fahrstrecken wegen fehlender Fahrgäste oder verlängerte Fahrstrecken bei zusätzlichen Fahrgästen richtet sich nach den Regelungen im Abschnitt 11. Die Elbe-Werkstätten GmbH beabsichtigt, die Zahlungsabwicklung künftig auf ein **Gutschriftsverfahren** umzustellen.

19. Nebenangebote

Nebenangebote sind ausgeschlossen

20. Unteraufträge / Einsatz von Nachunternehmern

Eine Weitergabe von Aufträgen an Unterauftragnehmer ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

21. Vertragsdauer

Der Vertrag wird für einen Zeitraum von fünf Jahren (60 Monaten) abgeschlossen.

22. Verlängerungsoption

Eine Verlängerung des Vertrages ist nicht geplant.

23. Bietergemeinschaften

Das Angebot einer Bietergemeinschaft ist nicht zugelassen.

24. Eignungsprüfung

Leistungsmängel und negative Erfahrungen der Elbe-Werkstätten mit einem Bieter, die sich auf Verträge in der Vergangenheit beziehen, finden im Rahmen der Eignungsprüfung Berücksichtigung und können die Leistungsfähigkeit eines Bieters bis hin zum

Angebotsausschluss beeinträchtigen. U.a. begründen Abmahnungen und fristlose Kündigungen in jüngerer Vergangenheit wegen mangelhafter Leistung eines Bieters eine genaue Überprüfung durch die Vergabestelle. Unter Zugrundelegung der Unternehmensverhältnisse zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe wird dann im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgestellt, ob das Angebot wegen der in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel und negativen Erfahrungen von der weiteren Wertung ausgeschlossen wird.

25. Wettbewerbsausschluss

Folgende Bewerber sind von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen:

- Bewerber, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist oder mangels Masse ausgeschlossen wurde.
- Bewerber, die sich in Liquidation befinden.
- Bewerber, die ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben, sowie von Sozialbeiträgen nicht ordnungsgemäß erfüllt haben.
- Bewerber, die im Vergabeverfahren unzutreffende Erklärungen bezüglich Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

26. Anforderungen an die Organisation des Auftragnehmers

Aufgabe des Auftragnehmers ist es, vor Ort die sichere und pünktliche Durchführung der Beförderung zu gewährleisten. Zur Organisation der Beförderung hat der Auftragnehmer eine geeignete Fahrdienstleitung einzusetzen. Die Fahrdienstleitung ist die verbindliche Ansprechstelle des Auftragnehmers im täglichen Betrieb für den Auftraggeber, die Einrichtungen sowie die Sorgeberechtigten der zu befördernden Personen bzw. deren Angehörige oder gesetzlichen Betreuer (nachfolgend einheitlich: Sorgeberechtigte). Die Erreichbarkeit der Fahrdienstleitung ist montags bis donnerstags in der Zeit von 06:00 Uhr bis 17:00 Uhr sowie freitags von 06:00 Uhr bis 15:00 Uhr sicherzustellen.

Der Auftragnehmer arbeitet vertrauensvoll und partnerschaftlich mit allen an der Beförderung Beteiligten, insbesondere mit dem Auftraggeber, den Einrichtungen sowie den Sorgeberechtigten, zusammen. Dies gilt insbesondere für den Umgang mit besonderen Vorkommnissen und Verspätungen bei der Beförderung sowie für Wechsel von Fahr- und Begleitpersonal oder Fahrzeugen.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass das Fahrpersonal alle für die Beförderung geltenden gesetzlichen Regelungen beachtet. Er stellt sicher, dass das Fahrpersonal während der Beförderungszeiten aller beauftragten Touren sowie der Sonderaufträge jederzeit – unter Beachtung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften – für die Fahrdienstleitung telefonisch erreichbar ist. Alle während der Beförderung auftretenden besonderen Vorkommnisse, insbesondere gesundheitlicher oder sonst erheblicher Art bei den zu befördernden Personen (z. B. Anfälle, Verletzungen oder Auseinandersetzungen), sind vom Fahrpersonal, gegebenenfalls vom Begleitpersonal, unverzüglich der Fahrdienstleitung des Auftragnehmers mitzuteilen. Diese informiert unverzüglich die Sorgeberechtigten bzw. die jeweilige Einrichtung. Meldepflichtige Ereignisse, insbesondere Unfälle, Personenschäden, Beinahe-Unfälle mit Gefährdungspotenzial, medizinische Notfälle, das Weglaufen oder Nichtantreffen zu befördernden Personen, erhebliche Konflikt- oder Gewaltvorfälle, Fahrzeugausfälle sowie Datenschutzvorfälle oder sonstige sicherheitsrelevante Vorkommnisse, sind vom Auftragnehmer unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Soweit erforderlich, sind darüber hinaus die Sorgeberechtigten, die jeweilige Einrichtung sowie sonst zuständige Stellen unverzüglich zu informieren. Der Auftragnehmer hat diese Ereignisse intern nachvollziehbar zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

Nutzung der Touren-App

Die Elbe-Werkstätten GmbH stellt den Fahrern und den Fahrdienstleitungen über eine Touren-App tagesgenaue Tourenpläne auf dem jeweiligen Smartphone zur Verfügung. Die Nutzung ist verpflichtend. Die App dient der verbindlichen Information über die auszuführenden Touren und deren aktuelle Durchführung.

Darüber hinaus ist die Touren-App als zentrales Medium zur Dokumentation der Leistung zu nutzen. Über sie sind insbesondere die Durchführung der Tour, die Pünktlichkeit, auftretende Störungen sowie sonstige tourenbezogene Informationen zu erfassen.

Die in der Touren-App dokumentierten und durch den Auftraggeber freigegebenen Daten bilden die Grundlage für die Abrechnung der erbrachten Leistungen.

Ausfall der Touren-App

Für den Fall eines Ausfalls der Touren-App hat der Auftragnehmer geeignete Ersatzmaßnahmen vorzuhalten. Hierzu gehören insbesondere die Nutzung ausgedruckter

Tourenpläne oder gesicherter Ersatzdaten sowie die Sicherstellung der Kommunikation mit der Fahrdienstkoordination / -leitung.

Der Auftragnehmer bleibt auch bei Ausfall der Touren-App zur vollständigen Leistungserbringung verpflichtet.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die geltenden gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen des Straßenverkehrsrechts sowie die Regelungen der DIN 75078 Teil I „Kraftfahrzeuge zur Beförderung mobilitätsbehinderter Personen“ (Ausgabe 04/2010) und Teil II „Behindertentransportwagen (BTW)“ (Ausgabe 1999), die Bestimmungen des „Anforderungskatalogs für Kraftomnibusse (KOM) und Kleinbusse (Pkw), die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden“, einschließlich des „Merkblatts für die Schulung von Fahrzeugführern für die Beförderung von Schülern“ (bekannt gemacht im Verkehrsblatt 2005, S. 604–610), sowie die einschlägigen Regelungen der „Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr“ (BOKraft) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

Keine Person mit Behinderung darf ohne Sicherung durch zugelassene Rückhalteeinrichtungen befördert werden.

Bei den ausgeschriebenen Fahrten handelt es sich um Verkehre nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Verbindung mit § 1 Nr. 4 Buchstabe g der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes (Freistellungsverordnung) vom 30.08.1962, geändert durch Verordnung vom 16.06.1967, sowie Artikel 1 der Zweiten Verordnung zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften vom 30.06.1989, jeweils in der geltenden Fassung.

Eine Zertifizierung „Sichere Beförderung von Menschen mit Behinderung“, wie sie durch TÜV oder DEKRA durchgeführt wird, ist wünschenswert. Bitte fügen Sie ein entsprechendes Zertifikat, sofern vorhanden, den einzureichenden Vergabeunterlagen bei.

Notfallkonzept / Ersatzfahrzeuge

Der Auftragnehmer hat für die vertragsgemäße Durchführung der Beförderung ein geeignetes Notfallkonzept vorzuhalten. Dieses muss insbesondere Maßnahmen für den Ausfall von Fahrpersonal, Fahrzeugen, technischen Systemen sowie für sonstige Störungen im laufenden Betrieb vorsehen. Ziel ist es, die sichere und möglichst pünktliche

Durchführung der Beförderung auch in Störungs- und Ausnahmesituationen sicherzustellen.

Das Notfallkonzept muss insbesondere Regelungen zur internen Erreichbarkeit, zu Entscheidungswegen, zur Information des Auftraggebers sowie zur kurzfristigen Bereitstellung von Ersatzfahrern und Ersatzfahrzeugen enthalten. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass bei Ausfall eines eingesetzten Fahrzeugs oder Fahrers unverzüglich geeignete Ersatzmaßnahmen eingeleitet werden.

Der Auftragnehmer hat während der Beförderungszeiten in angemessenem Umfang geeignete **Ersatzfahrzeuge** vorzuhalten oder deren kurzfristige Verfügbarkeit sicherzustellen. Ersatzfahrzeuge müssen den vertraglichen und gesetzlichen Anforderungen an die eingesetzten Fahrzeuge entsprechen und für die jeweils betroffene Tour geeignet sein, insbesondere im Hinblick auf Platzangebot, Rückhaltesysteme und gegebenenfalls Rollstuhlbeförderung.

Kann eine Tour nicht wie geplant durchgeführt werden oder ist ein Fahrzeugwechsel erforderlich, ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren. Gleiches gilt bei erheblichen Verspätungen, Notfällen oder sonstigen Vorkommnissen, die Auswirkungen auf die Durchführung der Beförderung haben.

Soweit ein Fahrzeugausfall, Personalausfall oder sonstiger vom Auftragnehmer zu vertretender Umstand dazu führt, dass eine Tour nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann, trägt der Auftragnehmer die daraus entstehenden Mehrkosten für erforderliche Ersatzbeförderungen.

27. Mindestanforderungen an die eingesetzten Fahrzeuge / elektrisch angetriebene Fahrzeuge

Für die vertragsgemäße Durchführung der Beförderung dürfen ausschließlich geeignete, technisch einwandfreie, verkehrssichere, sauber gepflegte und regelmäßig gewartete Fahrzeuge eingesetzt werden. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen den jeweils geltenden gesetzlichen Anforderungen, insbesondere den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften sowie den einschlägigen Regelungen der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), entsprechen.

Fahrzeugkategorien

Für die tourenplanmäßige Beförderung sind – je nach Bedarf der jeweiligen Tour – insbesondere folgende Fahrzeugkategorien vorzuhalten und einzusetzen:

- **8-Sitzer:** Kleinbusse des Typs A nach DIN 75078 Teil 1 (Kraftfahrzeuge mit höchstens neun zugelassenen Sitzplätzen einschließlich Fahrer zur Beförderung mobilitätseingeschränkter Personen)
- **8er Spezial:** Kleinbusse des Typs C nach DIN 75078 Teil 1 (Kraftfahrzeuge mit höchstens neun zugelassenen Sitzplätzen einschließlich Fahrer und Rollstuhlplätzen zur Beförderung rollstuhlgebundener Personen). Diese Fahrzeuge müssen stets mit **mindestens zwei Rollstuhlplätzen** ausgestattet und im Innenraum **variabel bestuhlbar** sein.
- Die eingesetzten Fahrzeuge müssen so beschaffen sein, dass sie auch bei Veränderungen der Beförderungskonstellation innerhalb eines Loses ausreichend flexibel einsetzbar sind. Insbesondere müssen Spezialfahrzeuge hinsichtlich Sitz- und Rollstuhlplatzkonfiguration für wechselnde Bedarfe geeignet sein.

Allgemeine Mindestanforderungen

Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen zum Vertragsbeginn hinsichtlich der Emissionswerte mindestens der Schadstoffklasse **Euro 6** bzw. bei Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t mindestens der für diese Fahrzeugklasse einschlägigen Euro-Norm entsprechen.

Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen die allgemeinen Anforderungen der DIN 75078 Teil 1 erfüllen, soweit diese für die jeweilige Fahrzeugkategorie einschlägig sind.

Die Fahrzeuge müssen für den Einsatz in der Personenbeförderung zugelassen sein und über eine behinderungsgerechte Ausstattung verfügen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass alle eingesetzten Fahrzeuge den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen Regeln entsprechen.

Elektrisch angetriebene Fahrzeuge

Für Touren, die ohne Rollstuhlplätze mit 8-Sitzern durchgeführt werden, ist der Einsatz elektrisch angetriebener Fahrzeuge erwünscht. Sofern der Bieter für solche Touren elektrisch angetriebene Fahrzeuge anbietet und hierfür ein Preisaufschlag gegenüber einem vergleichbaren Fahrzeug mit Verbrennungsmotor vorgesehen ist, ist dies im

Preisblatt sowie im Angebot im Bereich „Besondere Bemerkungen“ gesondert auszuweisen.

Technische und sonstige Fahrzeugausstattung

Die Fahrzeuge sind mindestens mit folgender Ausstattung zu versehen:

- Navigationsmöglichkeit (fahrzeugseitig, extern oder smartphonebasiert)
- Personengebundenes Smartphone in einem aktuellen technischen Standard zur Nutzung der vorgegebenen Touren-App
- Freisprecheinrichtung
- Rückfahrkamera mit akustischem Warnsignal
- gesetzlich vorgeschriebene Fahrzeugausrüstung
- regelbare Klimaanlage für Fahrer- und Fahrgastraum
- seitliche Trittstufen und geeignete Einstieghilfen an allen Türen

Die Verwendung von Hockern oder sonstigen provisorischen Einstieghilfen ist unzulässig. Wünschenswert ist eine Fahrzeugausstattung mit GPS oder einem vergleichbaren Ortungssystem.

Jedes Fahrzeug ist mit einer geeigneten Grundausrüstung für Akutverschmutzungen zu versehen. Hierzu gehören insbesondere Einweghandschuhe, Wischpapier, Desinfektionsmittel sowie weitere geeignete Reinigungsmittel; bei Bedarf sind zusätzlich Inkontinenzauflagen mitzuführen.

Alle Fahrzeuge sind mit ordnungsgemäß geprüften und betriebsbereiten Feuerlöschern auszustatten.

Die Fahrzeuge sind bei winterlichen Straßenverhältnissen entsprechend den geltenden straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften mit geeigneter Winterbereifung auszurüsten.

Alle Fahrzeuge ab der Fahrzeugklasse **8er Spezial** müssen mit einem Abbiegeassistenten ausgestattet sein, soweit dies für das jeweilige Fahrzeug zulässig und technisch möglich ist. Alle eingesetzten Fahrzeuge sollen zudem mit Spurwechsel- und Notbremsassistenten ausgestattet sein.

Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen über ein Hochdach verfügen, soweit dies für die sichere und bedarfsgerechte Beförderung, insbesondere von mobilitätseingeschränkten oder rollstuhlgebundenen Personen, erforderlich ist.

Sonderanforderungen für die Rollstuhlbeförderung

Bei der Beförderung rollstuhlgebundener Personen sind ausschließlich geeignete und geprüfte Rollstuhlrückhaltesysteme nach DIN 75078 Teil 2 einzusetzen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die jeweilige Beförderung erforderlichen Rückhalte- und Sicherungssysteme auf eigene Kosten bereitzustellen und in ordnungsgemäßem Zustand vorzuhalten. Dies gilt auch für die Ersatzbeschaffung.

Alle **8er-Spezial-Fahrzeuge** müssen die **technischen Voraussetzungen** für den Einsatz von **zwei Kopf- und Rückenstützsystemen** (z. B. FutureSafe von AMF-Bruns oder gleichwertig) erfüllen. Eine Ausstattung jedes einzelnen Fahrzeugs mit zwei solchen Systemen ist jedoch nur insoweit erforderlich, wie die im jeweiligen Fahrzeug zu befördernden Rollstühle den Einsatz dieser Systeme zulassen und die Sicherung im konkreten Einzelfall erfordern.

Die lichte Innenhöhe der Spezialfahrzeuge muss über allen für Rollstühle vorgesehenen Plätzen mindestens **1.800 mm** betragen.

Fahrzeuge zur Rollstuhlbeförderung sind ausschließlich mit **Linearliften** mit einer Tragkraft von mindestens **400 kg** auszustatten.

Soweit für einzelne Fahrgäste zusätzliche Gurte, Gurtverlängerungen oder sonstige besondere Sicherungshilfen erforderlich sind, obliegt deren Beschaffung und Vorhaltung dem Auftragnehmer auf eigene Kosten.

Keine beförderte Person darf ohne die erforderlichen und zugelassenen Sicherungs- und Rückhalteeinrichtungen transportiert werden.

Sauberkeit, Zustand und Prüfungsrechte

In allen Fahrzeugen gilt ein generelles Rauchverbot.

Müll im Fahrzeuginnenraum ist nach Abschluss der Touren zu entsorgen. Die Fahrzeuge sind in sauberem, gepflegtem und betriebsbereitem Zustand einzusetzen; bei Bedarf, insbesondere nach Verschmutzungen oder besonderen Vorkommnissen, sind sie zu reinigen und zu desinfizieren.

Der Auftraggeber ist berechtigt, den ordnungsgemäßen Zustand der eingesetzten Fahrzeuge sowie deren behindertengerechte Ausstattung jederzeit stichprobenartig zu überprüfen oder durch Beauftragte überprüfen zu lassen. Anlassbezogen kann der Auftraggeber verlangen, dass ein Fahrzeug auf Kosten des Auftragnehmers einer

technischen Prüfstelle vorgestellt wird. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen.

Werden festgestellte Mängel, insbesondere sicherheitsrelevante Mängel, nicht unverzüglich beseitigt, ist der Auftraggeber berechtigt, den weiteren Einsatz des betroffenen Fahrzeugs zu untersagen und den sofortigen Einsatz eines mangelfreien Ersatzfahrzeugs zu verlangen. Weitergehende vertragliche Rechte des Auftraggebers, insbesondere nach den Regelungen zu Leistungsstörungen und Vertragsstrafen, bleiben unberührt.

Bestuhlungsvarianten / Flexibilität

Die Fahrzeuge müssen je nach Fahrzeugkategorie mindestens folgende Konfigurationen ermöglichen:

8-Sitzer

- mindestens 8 Fahrgastplätze

8er Spezial

- mindestens 5 Fahrgastplätze und 2 Rollstuhlplätze
- 7 Fahrgastplätze und 1 Rollstuhlplätze
- 8 Fahrgastplätze

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die für die jeweilige Tour erforderliche Sitz- und Rollstuhlplatzkonfiguration zuverlässig bereitgestellt werden kann.

In den Fahrzeugen besteht generelles Rauchverbot.

28. Mindestanforderungen an das eingesetzte Fahrpersonal

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Fahr- und Begleitpersonal sorgfältig auszuwählen und für dieses Personal vor Beginn der Beschäftigung und erneut in Abständen von vier Jahren ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1 Nr. 2 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) anzufordern (gemäß § 72a Abs. 1 SGB VIII sowie § 75 Abs. 2 Satz 4 SGB XII) und dieses auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen. Es dürfen hier keine Ausschlussgründe für die Beschäftigung der Fahrer vorliegen.

Alle Fahrer haben vor Aufnahme der Tätigkeit ein ärztliches Gutachten (FeV Anlage 5 Nr.1 und 5 Nr.2) sowie ein Zeugnis eines Augenarztes bzw. eines Augenärztlichen Gutachten (FeV Anlage 6), beizubringen. Für die Fristen der Nachuntersuchungen gelten die Regelungen zur Erlangung des Personenbeförderungsscheines. Die Untersuchungsnachweise sind dem Auftragnehmer vor Leistungsbeginn vorzulegen.

Die oben genannten Gutachten und Nachweise müssen dem Auftragnehmer vor Leistungsbeginn vorliegen. Die Bestätigung hierüber muss vom Auftragnehmer unterschrieben und mit den Vergabeunterlagen eingereicht werden. Alle Anforderungen an Führungszeugnis, Schulung, Eignung und App-Nutzung gelten uneingeschränkt auch für Ersatz- und Vertretungspersonal.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass nur Fahrpersonal eingesetzt wird, das jederzeit über die erforderliche und in Deutschland anerkannte Fahrerlaubnis nach der Fahrerlaubnisverordnung verfügt. Die Fahrerlaubnisse sind regelmäßig entsprechend den rechtlichen Anforderungen zu kontrollieren. Entsprechende Nachweise sind auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das Fahrpersonal

- mindestens über eine dreijährige Fahrpraxis und sichere Ortskenntnisse verfügt, leistungsfähig und fahrtauglich ist und über gültige Arbeitspapiere verfügt (bei ausländischem Fahrpersonal).

Der Auftragnehmer achtet darauf, dass das Fahr- und Begleitpersonal zuverlässig, sozial kompetent und im Umgang mit Menschen mit Behinderung geeignet ist. Dies betrifft insbesondere Fähigkeiten zum Umgang mit schwierigen Verhaltensweisen bei manchen Menschen mit Behinderung, Geduld, gute Kontaktfähigkeit zu den Sorgeberechtigten und Einrichtungen sowie psychische und physische Belastbarkeit. Die deutsche Sprache ist durch das Fahr- und Begleitpersonal sicher zu beherrschen. Zudem sind ein gepflegtes Erscheinungsbild sowie die körperliche Eignung für Hilfestellungen beim Ein- und Ausstieg der zu befördernden Personen erforderlich.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das Fahrpersonal nachfolgende Einweisungen und Schulungen vor Aufnahme der Beförderung – sofern nicht anders angegeben – und wiederholt entsprechend nachfolgenden Regelungen erhält:

- Unterweisung zur Organisation der Behindertenbeförderung, zu Rechten und Pflichten des Fahr- und Begleitpersonals (z.B. Dienstanweisungen), zu Aufsichts-, Haftungs- und Datenschutzthemen werden“ (einmal jährlich).
- Unterweisung zur Personen- und Rollstuhlsicherung (einmal jährlich).
- Schulung zum Umgang mit den zu befördernden Personen, zum Verhalten bei Notfällen, Krisen- und Gewaltsituationen (alle zwei Jahre, erstmalig spätestens sechs Monate nach Aufnahme der Beförderung).
- Erste-Hilfe-Schulung nach straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben und Häufigkeit.
- Fahrsicherheitstraining nach den Vorgaben der Berufsgenossenschaft für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege (erstmalig spätestens sechs Monate nach Aufnahme der Beförderung).

Für die Einweisungen und Schulungen des Fahr- und Begleitpersonals ist ein Schulungsplan aufzustellen, erfolgte Einweisungen und Schulungen sind zu dokumentieren. Entsprechende Nachweise sind auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für das erstmalig in der Behindertenbeförderung eingesetztes Personal vor dem ersten Beförderungstag durch die Elbe-Werkstätten schulen zu lassen.

Dem Fahrpersonal ist die Gelegenheit für eine individuelle Einweisung durch das Fachpersonal der Elbe-Werkstätten GmbH zu geben. Diese Fortbildung wird ca. einen Vormittag in Anspruch nehmen. Dieser Termin ist verpflichtend.

Treten in der häuslichen Gemeinschaft des Fahrpersonals oder der Begleitpersonen übertragbare Krankheiten auf, dürfen die Auftragnehmer sie nur dann einsetzen, wenn nach ärztlichem Zeugnis nicht zu befürchten ist, dass der Betroffene bzw. die Betroffene eine Krankheit weiter überträgt.

29. Aufgaben des Fahrpersonals

Aufgaben des Fahrpersonals sind insbesondere:

- die sichere Beförderung der zu befördernden Personen entsprechend dem vorgesehenen Ablauf der Touren unter Beachtung der festgelegten Einstiegs- und Ausstiegszeiten,
- die Betreuung der zu befördernden Personen während der Beförderung,
- die Beaufsichtigung und Unterstützung beim Ein- und Ausstieg, wobei der Ein- und Ausstieg grundsätzlich auf der richtigen Straßenseite an der Wohnadresse zu erfolgen hat; ein Überqueren der Straße ist unzulässig; hierzu gehört gegebenenfalls auch das Umsetzen der zu befördernden Personen,
- die Sicherung aller zu befördernden Personen mittels der erforderlichen Sicherungs- und Rückhaltesysteme sowie die Kontrolle dieser Sicherung,
- die Erbringung erforderlicher Erste-Hilfe-Leistungen während der Beförderung,
- die ordnungsgemäße und fortlaufende Nutzung der Touren-App.

Das Fahr- und Begleitpersonal stellt sich vor Aufnahme der Beförderung persönlich bei den Sorgeberechtigten und dem Auftraggeber vor. Dabei können Einzelheiten des Haltepunkts für den Ein- und Ausstieg sowie gegebenenfalls Sammel- oder Treffpunkte für mehrere zu befördernde Personen in unmittelbarer Nachbarschaft vereinbart werden. Diese Vorstellung und die hierbei gegebenenfalls getroffenen Vereinbarungen sind zu dokumentieren und von den Sorgeberechtigten sowie vom Auftraggeber gegenzuzeichnen. Dies gilt auch bei geplanten Wechseln sowie bei Urlaubsvertretungen des Fahr- und Begleitpersonals.

Geplante Fahrerwechsel sind mit dem Auftraggeber abzustimmen und diesem mindestens 10 Kalendertage vor dem vorgesehenen Wechsel mitzuteilen, damit insbesondere die Einrichtung der Touren-App rechtzeitig erfolgen kann. Bei unvorhergesehenen Wechseln des Fahr- und Begleitpersonals, insbesondere aufgrund von Erkrankungen, informiert der Auftragnehmer die Sorgeberechtigten und den Auftraggeber unverzüglich.

Das Fahr- und Begleitpersonal ist zur Verschwiegenheit sowie zur Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben in allen Angelegenheiten der Beförderung verpflichtet.

Die Verantwortung des Fahr- und Begleitpersonals für die zu befördernden Personen beginnt mit deren Übernahme zur Beförderung und endet mit der Übergabe an die jeweilige Einrichtung, an die Sorgeberechtigten oder entsprechend einer anderweitigen

Vereinbarung. Dies gilt auch bei Abweichungen vom geplanten Ablauf der Beförderung, insbesondere bei verfrühtem Eintreffen oder Verspätungen.

Die Beförderung ist in der von der Bedarfsstelle im jeweiligen Tourenplan vorgegebenen Reihenfolge durchzuführen. Abweichungen hiervon sind unzulässig. Notwendige Abweichungen von der üblichen Streckenführung aus verkehrstechnischen Gründen sind im Vorwege durch die Fahrdienstleitung des Auftragnehmers mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Die vorgesehenen Einstiegs- und Ausstiegszeiten (Abhol- und Bringzeiten) sind einzuhalten.

Beim Ein- oder Ausstieg an den vereinbarten Halte- oder Sammelpunkten darf das Fahrpersonal, sofern kein Begleitpersonal eingesetzt ist, das Fahrzeug und die darin befindlichen Personen nicht unbeaufsichtigt lassen.

Der Auftraggeber fordert die Sorgeberechtigten sowie das Personal der Wohneinrichtungen auf, die zu befördernden Personen zum vorgesehenen Halte- oder Sammelpunkt zu begleiten beziehungsweise sie dort abzuholen. Etwaige Ausnahmen sind schriftlich zu dokumentieren. Es ist nicht Aufgabe des Fahr- und Begleitpersonals, die zu befördernden Personen an die jeweilige Wohnungs- oder Haustür beziehungsweise in das Gebäude der Wohneinrichtung zu begleiten oder dort abzuholen.

Das Fahrpersonal ist dafür verantwortlich, dass keine Person ohne ordnungsgemäße Sicherung durch die vorgeschriebenen Sicherungs- und Rückhaltesysteme befördert wird. Insbesondere sind rollstuhlgebundene Personen über das Rollstuhlrückhaltesystem hinaus zusätzlich mit Beckengurt und Schulterschräggurt zu sichern. Das Fahrpersonal führt diese Sicherung entweder selbst durch oder kontrolliert sie in angemessener Weise. Ist die zu befördernde Person aufgrund ihrer Behinderung nicht selbst in der Lage, Sicherheitsgurte oder andere Sicherungsmaßnahmen anzulegen, übernimmt das Fahr- oder Begleitpersonal diese Aufgabe.

Die zu befördernden Personen sind entweder mit dem Vornamen oder mit dem Nachnamen anzusprechen. Gesprächsthemen müssen angemessen sein. Während der Beförderung ist laute oder unangemessene Musik unzulässig.

Rauchen, einschließlich der Nutzung von E-Zigaretten, sowie Alkohol- oder sonstiger Drogenkonsum sind in und an den Fahrzeugen verboten.

Das Mitführen von Hunden oder anderen Tieren sowie die Mitnahme von nicht im Tourenplan aufgeführten Personen ist nur mit vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber zulässig.

Bei extremen Witterungsverhältnissen, zum Beispiel bei Glatteis, entscheidet das Fahrpersonal unter Berücksichtigung der Umstände vor Ort, ob die Beförderung durchgeführt werden kann, sofern der Auftraggeber nicht bereits eine generelle Regelung getroffen hat. Die Sorgeberechtigten, die Einrichtungen sowie der Auftraggeber sind durch die Fahrdienstleitung des Auftragnehmers unverzüglich über einen witterungsbedingten Ausfall einer Tour zu informieren.

Der Fahrzeugführer oder die Fahrzeugführerin hat für jede Tour über die von den Elbe-Werkstätten zur Verfügung gestellte Touren-App einen digitalen Leistungsnachweis zu führen. Die Nutzung der Touren-App ist verpflichtend.

Treten bei der Durchführung der Aufträge Verzögerungen von mehr als 15 Minuten aufgrund unvorhergesehener Ereignisse, insbesondere infolge von Pannen, Unfällen oder Staus, ein, informiert der Fahrzeugführer unverzüglich die Sorgeberechtigten, die Einrichtungen sowie die Fahrdienstkoordinatoren der Elbe-Werkstätten über die Verspätung.

Unfallmeldungen sind unverzüglich telefonisch oder persönlich mitzuteilen und spätestens am Folgetag schriftlich bei der Elbe-Werkstätten GmbH einzureichen.

30. Veröffentlichung im Transparenzregister

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG werden. Der Vertrag wird nach § 10 Abs. 2 S. 1 HmbTG frühestens einen Monat nach Veröffentlichung im Informationsregister wirksam werden. Der öffentliche Auftraggeber kann während dieser Zeit jederzeit von diesem Vertrag ohne Angabe von Gründen und ohne Rechtsfolge zurücktreten.

31. Zusätzliche Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen einschließlich Anlagen eventuell unbeabsichtigte unzutreffende und/oder unvollständige Angaben enthalten können. Die Elbe Werkstätten GmbH übernimmt hierfür – soweit rechtlich

zulässig – keine Garantie oder Gewährleistung für aus den übergebenen Unterlagen erkennbare Fehler. Der Bieter muss sich über die Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen selbst ein Bild verschaffen, die Informationen und Unterlagen der Elbe-Werkstätten GmbH entsprechend überprüfen und ggf. die Korrektur durch die Elbe-Werkstätten GmbH beantragen. Der Bieter bestätigt mit der Abgabe seines Angebots konkludent, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen seines Angebots informiert zu haben. *Bieterfragen haben ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal zu erfolgen.*

Die Vergabeunterlagen (Formulare) des Auftragsgebers sind urheberrechtlich geschützt. Die Angebote müssen anhand der Original-Vergabeunterlagen erfolgen. Nutzung eigener Dokumente oder Veränderung der Auftraggeberdokumente führt zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

32. Sedex SMETA Verhaltenskodex

Der Verhaltenskodex der Elbe-Werkstätten GmbH soll die Grundlage für eine gemeinsame, dauerhafte und erfolgreiche Basis des Vertrauens und der Zusammenarbeit bilden. Gleiches erwarten wir auch von unseren Lieferanten/Dienstleistern. Daher bitten wir darum, den beiliegenden Verhaltenskodex zu beachten und einzuhalten. Der Bieter hat das Recht, dem Verhaltenskodex zu widersprechen. Widerspricht der Bieter dem Verhaltenskodex, hat dies den Ausschluss des Bieters vom Vergabeverfahren zur Folge.

33. Durch das Corona-Virus bedingte Vertragsstörungen

Die Vertragsparteien verständigen sich darauf, dass Leistungshindernisse, die durch konkrete Umstände im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Pandemie kausal verursacht worden sind, in aller Regel weiterhin als höhere Gewalt im Sinne von § 5 Ziffer 2 Abs. 1 Satz 1 VOL/B angesehen werden. Insbesondere ist der Auftraggeber für hoheitliche Maßnahmen nicht verantwortlich im Sinne des § 326 BGB.

Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber jedes Leistungshindernis unverzüglich schriftlich anzeigen, um sich auf die hindernden Umstände berufen zu können; entsprechendes gilt für den Wegfall der hindernden Umstände. Der Auftragnehmer muss darlegen, aufgrund welcher konkreten Umstände er seine Leistung nicht erbringen kann. Folgende oder gleich gelagerte Umstände werden anerkannt:

- Die für die Leistungserbringung erforderlichen Beschäftigten stehen unter behördlicher Quarantäne und der Auftragnehmer findet auf dem Arbeitsmarkt oder durch Nachunternehmer keinen Ersatz.
- Die für die Leistungserbringung erforderlichen Beschäftigten des Auftragnehmers können aufgrund von Reisebeschränkungen den Leistungsort nicht erreichen und der Auftragnehmer findet auf dem Arbeitsmarkt oder durch Nachunternehmer keinen Ersatz.
- Der Auftragnehmer kann das für die Leistungserbringung benötigte Material nicht beschaffen, Kostensteigerungen sind ihm in aller Regel zumutbar.

Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche wegen eines in den vorstehenden Absätzen geregelten Leistungshindernisses sind ausgeschlossen.

Die von den Elbe-Werkstätten festgelegten Regeln zur Pandemiebekämpfung werden in der jeweiligen Fassung je nach Pandemiegeschehen dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Dieser hat sich an diese Vorschriften und Regeln zu halten. Dieses beinhaltet z. B. Durchführung von Antigentests, Betretungsverbote, Tragen von Masken, Reinigen der Fahrzeuge.

34. Auskünfte

Auskünfte erteilt:

Elbe-Werkstätten GmbH

Einkauf und Logistik

Postfach 720163

22151 Hamburg

E-Mail: Einkauf@elbe-werkstaetten.de

Fragen sind schriftlich in Form von Bieterfragen über die Internetplattform Deutsches Vergabeportal DTVP zu stellen. Die Auskünfte der Elbe-Werkstätten GmbH erfolgen ebenfalls schriftlich über das Deutsche Vergabeportal.

Zum Versenden von Fragen über den Kommunikationsbereich der Ausschreibung ist eine Registrierung des Unternehmens auf DTVP notwendig. Zum Lesen von Antworten auf Bieterfragen im Kommunikationsbereich ist eine Registrierung des Unternehmens nicht notwendig.

Anlage: Tagestourenpläne, weitere Dokumente